



Adolf Weber statt Freiburger Schule?

Die theoretischen Ansichten über Geldpolitik in der frühen Bundesbank am Beispiel von Bernhard Benning

Prof. Dr. Jan Greitens, DHBW Mosbach

Abstract:

This paper analyses the early years of the history of the Bundesbank from a history of economic thought-perspective. The study uses the example of Bernhard Benning, who was heading the Economics Department of the Reichs-Kredit-Gesellschaft, one major banks owned by the German Reich during the National Socialist era. After the war Benning became a member of the Executive Board of the Deutsche Bundesbank for 22 years. Benning was a student of Adolf Weber and was strongly influenced by the latter's opportunistic, conservative, and pro-business liberalism, rather than by ordoliberal ideas. Benning drew his legitimacy for his role in the early Federal Republic from his public criticism of war financing and from warning against inflation in the Donner-Benning Debate since 1942/43. In this tradition, the early Bundesbank was Weberian rather than ordoliberal, so fixed exchange rates were favored, and a strong business and investment perspective was adopted.

Key Words:

Bundesbank, Reichs-Kredit-Gesellschaft, Adolf Weber, Ordoliberalism, National Socialism, Money, Inflation

JEL-Classification: B26, B31, E58, N14, N24

IBF Paper Series
Banking and Finance in Historical Perspective
ISSN 2510-537X

Herausgeber / Editorial Board
Prof. Dr. Carsten Burhop
Prof. Dr. Joachim Scholtyseck
Prof. Dr. Moritz Schularick

Redaktion / Editorial Office
Hanna Floto-Degener
Geschäftsführerin
IBF - Institut für Bank- und Finanzgeschichte e.V.
Theodor-W.-Adorno-Platz 1
Hauspostfach 13
D-60323 Frankfurt am Main
Germany
Tel.: +49 (0)69 6314167
Fax: +49 (0)69 6311134
E-Mail: floto-degener@ibf-frankfurt.de
Satz: Felix Krieger

© IBF - Institut für Bank- und Finanzgeschichte / Institute for Banking
and Financial History, Frankfurt am Main 2022

Prof. Dr. Jan Greitens



Jan Greitens ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg.

Kontakt: Duale Hochschule Baden-Württemberg Mosbach
Arnold-Janssen-Str. 9-13, D-74821 Mosbach
jan.greitens@mosbach.dhbw.de

Adolf Weber statt Freiburger Schule?

Die theoretischen Ansichten über Geldpolitik in der frühen Bundesbank am Beispiel von Bernhard Benning

Inhalt

1. Einleitung	1
2. Biographischer Überblick	2
3. Der unternehmensnahe Liberalismus im Sinne von Adolf Weber	6
4. Deutsches Institut für Bankwissenschaft und Bankwesen	7
5. Die Donner-Benning-Debatte: Kritik an der Kriegsfinanzierung	10
6. Im Direktorium bei der Bundesbank	18
7. Zusammenfassung	22
8. Literatur	24

1. Einleitung

Die Geschichte der Bundesbank ist in den letzten Jahren stärker in den Fokus der Forschung gerückt. Gerade vor dem Hintergrund der Eurokrise von 2011 wurde die Frage nach den historischen Hintergründen der spezifisch deutschen Haltung zur Geldpolitik vermehrt gestellt.¹

Diese Themen werden häufig mit einem Schwerpunkt auf den politischen Ereignissen analysiert. In diesem Beitrag soll diese Betrachtung um eine Perspektive aus der ökonomischen Theoriegeschichte ergänzt werden.

Die Untersuchung erfolgt am Beispiel von Bernhard Benning, der von 1950 bis 1972 im Direktorium der Bank deutscher Länder bzw. der Bundesbank tätig war. Während die Präsidenten der Bundesbank eine größere Aufmerksamkeit in der Forschung erhalten haben, gilt dies für die Verantwortlichen in der zweiten Reihe zumeist nicht.

Dabei lassen sich an der Person Benning zwei Themengebiete exemplarisch herausarbeiten:

Zum einen die theoretischen Ansichten der verantwortlichen Akteure. Benning ist vor allem durch den klassischen Liberalen Adolf Weber und nicht durch ordoliberalen ökonomische Vorstellungen geprägt. Hier werden, ähnlich wie im Streit um das Kartellgesetz in den 1950er Jahren,² andere Gewichtungen innerhalb der liberalen Strömungen deutlich. Sie zeigten sich im Eintreten für feste Wechselkurse, in größerer Unternehmensnähe und in einer kritischeren Haltung gegenüber der Sozialpolitik.

Zum anderen lassen sich über die Aktivitäten während der Zeit des Nationalsozialismus Rückschlüsse auf Positionen und Handeln in der frühen Bundesrepublik ziehen. Benning war zwischen 1933 und 1945 bei der reichseigenen Reichs-Kredit-Gesellschaft tätig, bewegte sich in liberalen publizistischen Netzwerken und kritisierte öffentlich die Geldpolitik während des Kriegs. Die Bedeutung der Tätigkeit Bennings bei der volkswirtschaftlichen Abteilung der Reichs-Kredit-Gesellschaft und der Zwiespalt zwischen Liberalismus und Nationalismus, in dem er gestanden hat, soll beleuchtet werden.

¹ Vgl. Mee (2019), zum Teil auch Banken (2013).

² Vgl. Köhler / Nientiedt (2017).

2. Biographischer Überblick³

Bernhard Benning wurde am 17. September 1902 in München geboren und absolvierte nach seinem Abitur 1921 eine Lehre bei der Bayrischen Hypotheken- und Wechselbank in München, die er 1923 abschloss. Während seines Studiums der Staatswissenschaften an der Universität in München arbeitete er weiter bei der Bank und schloss im April 1927 mit Diplom ab. Sein Promotionsthema, das er am 27. Juni 1928 bei Adolf Weber verteidigte, war der "Schwarze Freitag" vom 13. Mai 1927, an dem die Kurse an der Berliner Börse einbrachen – rund zweieinhalb Jahre also vor dem Kurssturz in den USA., als an der Berliner Börse die Kurse einbrachen. In dieser Arbeit lehnt Benning Eingriffe in den Markt ab und benennt Effektenbörsen als unentbehrliches Instrument zur Kapitalallokation in einer modernen Volkswirtschaft.⁴ Neben der Überinvestitions-Konjunkturtheorie nach Gustav Cassel und Adolf Weber⁵ zitiert Benning häufig Alfred Lansburgh. Seine lebenslangen theoretischen Grundüberzeugungen sind damit bereits umrissen: Die Nützlichkeit der Kapitalmärkte, die Bedeutung der Investitionen für eine Volkswirtschaft und eine klassisch-liberale Haltung in wirtschaftspolitischen Fragen.

Nach Abschluss der Promotion bemühte sich Benning um Aufnahme bei der Reichsbank, was aber abgelehnt wurde. Stattdessen ging er auf Anregung von Otto von Zwiedenick-Sündenhorst im September 1928 zum Statistischen Reichsamt in Berlin in das Referat Geldwesen mit den Themen Bankbilanzen und Kredite, sowie Kapitalbildung und Investitionen. Die dortige empirische Arbeit unter Ernst Wagemann in Kooperation mit dem Institut für Konjunkturforschung prägte Benning. Dort lernte er auch viele andere Ökonomen kennen, die ihn sein weiteres Leben begleiten sollten, u.a. Otto Donner, Kurt Hunscha, Günter Keiser und Otmar Emminger.⁶ Da Wagemann kein Theoretiker war und auch keine eigene Konjunkturtheorie entwickelt hatte,⁷ blieb Benning in theoretischen Fragen durch Adolf Weber geprägt.

Bennings wichtigste Arbeit in dieser Zeit war die erste systematische Investitionsstatistik für das Deutsche Reich, die er 1931 zusammen mit Keiser veröffentlichte. Hier ging die Initiative von Eugen Schmalenbach aus, der nicht nur die Geldkapitalbildung, sondern eine Erfassung der tatsächlichen Sachkapitalbildung auch aus der Selbstfinanzierung der Unternehmen geschätzt wissen wollte. Damit einher geht eine Abschätzung der

³ Personalakten bei der Bundesbank N1 176/2 und im Bundesarchiv R/8136/3740.

⁴ Vgl. Benning (1929) S. 81.

⁵ Vgl. Benning (1929) S. 79.

⁶ Vgl. Janssen (2012) S. 85, 448, Hunscha (1962) S. 14.

⁷ Vgl. Janssen (2012) S. 339, Kulla (1996) S. 44.

Spar- und Investitionstätigkeit in einer Volkswirtschaft, die für die Cassel-/Weber-Konjunkturtheorie essenziell sind.⁸

Diese Untersuchungen machten Benning für die Reichs-Kredit-Gesellschaft (RKG) interessant. Im Oktober 1933 wechselte er auf Empfehlung von Adolf Weber in die Position des Direktors der Volkswirtschaftlichen Abteilung dieser Bank. Dort hatte seit den 1920er Jahren Ernst Stern die Volkswirtschaftliche Abteilung aufgebaut, der aber von den Nationalsozialisten 1933 nach London vertrieben wurde. Ernst Stern hatte Halbjahresberichte der RKG zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland etabliert, die auch international Anerkennung fanden.⁹

Benning's Aufgaben waren die Fortführung der Halbjahresberichte, die volkswirtschaftliche Beratung des Direktoriums und die Anfertigung von Gutachten. Da der Direktor der RKG Otto Christian Fischer 1934 zum Führer der „Reichsgruppe Banken“ wurde, gewann die volkswirtschaftliche Abteilung massiv an Bedeutung. Zusammen mit Walter Hofmann (1899–1961), dem engsten Mitarbeiter von Fischer, war er maßgeblich an der Umsetzung von dessen Bankenpolitik beteiligt.¹⁰

Benning war für ein umfangreiches Spektrum an volkswirtschaftlichen Analysen verantwortlich. In dieser Funktion war er auch Mitglied im volkswirtschaftlichen Beirat des Instituts für Bankwissenschaft und Bankwesen. Für seine Analysen erhielt Benning aus dem nationalsozialistischen Apparat exklusiven Zugang zu Informationen.¹¹

Als Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung war Benning auch der Vorgesetzte von Otto Pfeleiderer, den er gegen viele Abwerbungsversuche bei der Bank gehalten hat und mit dem er später von 1950 bis 1972 im Direktorium der Bank deutscher Länder / Bundesbank zusammengearbeitet hat.

⁸ Siehe Benning / Keiser (1931).

⁹ Vgl. Hunscha (1962) S. 15, Janssen (1962) S. 17. Ernst Stern war von 1936-1937 Mitarbeiter Winston Churchills in Fragen der Rüstungsfinanzierung, bis 1956 bei der Union Corporation Ltd. und von 1956 bis 1960 bei Rio Tinto Co. London (https://www.bundesarchiv.de/aktenreichskanzlei/1919-1933/0000/adr/adrsz/kap1_1/para2_472.html).

¹⁰ Vgl. Muthesius (1962) S. 17, 20, 29, 37; Muthesius (1973) S. 117 f.

¹¹ Vgl. Gleske (1990) S. 553, Bundesarchiv R/8136/1889. Dennoch musste Benning viel Aufwand betreiben, um den „Economist“ nach 1940 noch beziehen zu können. Er hat mehrere Anträge bei der Gestapo stellen müssen. Hintergrund ist vermutlich, dass er 1939 beschuldigt worden war, aus dem Ausland marxistische und parteikritische Schriften erhalten zu haben (Bundesarchiv R 58/9674).

Benning war zwar kein Mitglied der NSDAP, aber dennoch in viele nationalsozialistische Organisationen eingebunden.¹² Für seine ökonomischen Ansichten ist seine Mitgliedschaft in der Akademie für Deutsches Recht (Gruppe IV für Wirtschaft) am wichtigsten, wo er in den Arbeitsgemeinschaften „Außenwirtschaft“ und „Geld und Kredit“ Mitglied war.¹³

Ab Januar 1944 war Benning auch Leiter des Referats „Berichtswesen“ im Planungsamt des Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion, das erhebliche Probleme in der Informationsversorgung hatte und deswegen den Kontakt zu Wagemann und seinem Institut suchte, der auch viele ehemalige Mitarbeiter involvierte.¹⁴ In dieser Funktion war Benning Hauptautor des „Berichts zur deutschen Wirtschaftslage 1943/44“, der in seinem Aufbau den Halbjahresberichten der RKG ähnelt und zum Schlüsseldokument zur Wirtschaft in den letzten Monaten des Krieges wurde.¹⁵

Am 17. Mai 1945 wurde Benning von der Dienststelle, die in der Besatzungsbehörde für Banken zuständig war, zum kommissarischen Vorstand der RKG berufen, am 22. Mai dann aber in Haft genommen.¹⁶ Bis Februar 1950 war er in sowjetischen Lagern interniert.¹⁷

Diese Zeit bestärkte Benning in seiner Haltung gegen den Bolschewismus: „Während meiner fünfjährigen Internierung in sowjetischen Konzentrationslagern habe ich ein furchtbares Anschauungsmaterial darüber sammeln müssen, zu welchem Tiefstand der Versorgung, zu welchen Fehlleitungen und Rückwärtsentwicklungen, zu welcher Mißachtung alles (sic!) Menschentums, zu welcher Abtötung aller geistigen und seelischen Werte dieses kollektivistisch-bolschewistische System führen muß. Möge uns der Herrgott und, soweit es an uns selbst liegt, unsere eigene tatkräftige Entschlossenheit im Verein mit den Anstrengungen der gesamten westlichen Welt davor bewahren, daß diese Flut des todbringenden Bolschewismus über uns hereinbricht!“¹⁸

¹² Mitglied der Reichsschrifttumskammer (Bundesarchiv R9361-V-13819), Verbindungsmann zum Wehrwirtschaftsstab des Oberkommandos der Wehrmacht, Beirat der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft, NS-Rechtswahrerbund, Deutsche Arbeitsfront, Fachbuch-Zentrallektorat des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda (Bundesarchiv R/8136/3740).

¹³ Vgl. Schubert (2011) S. XXI.

¹⁴ Vgl. Herbst (1982) S. 442 ff., Tooze (1993) S. 17–22. Bennings Mitarbeiter waren dort Erich Welter (nach dem Krieg Gründungsherausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung) und Leonhard Miksch (ein zentraler Vertreter des Ordoliberalismus).

¹⁵ Vgl. Scherner (2007) insb. S. 499.

¹⁶ Vgl. Hofmann (1980) S. 97 f.

¹⁷ Frankfurt (Oder), Jamlitz, Mühlberg (Elbe), Buchenwald.

¹⁸ Bundesarchiv B330/9676 (Rede zum 75. Geburtstag).

Am 6. März 1950 wurde Benning von Erich Zachau zu einer Bewerbung bei der Bank deutscher Länder aufgefordert und schon am 14. März konnte Benning die Stelle annehmen. Diese Berufung wurde von Otto Pfeleiderer betrieben, der mittlerweile zum Leiter der Landeszentralbank in Baden-Württemberg aufgestiegen war. Pfeleiderer hatte auch während der Haft von Bernhard Benning dessen nach Dinkelsbühl evakuierte Familie unterstützt.¹⁹

Benning wurde durch die Bundesregierung, deren Mitglieder immer wieder an den Zentralbankratssitzungen teilnahmen und ihn daher gut kannten, auch über die Altersgrenze hinaus bis 1972 wiederbestellt.

Die vielfältigen Kontakte aus der Berliner Zeit wurden in Frankfurt fortgeführt. In den 1950er Jahren stand Benning Volkmar Muthesius nahe, der zusammen mit Walter Hofmann 1946 die Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen gegründet hatte. Muthesius war seit 1948 eine Kooperation mit der Bank deutscher Länder eingegangen, um in der Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen für die Haltung der Bank in der Öffentlichkeit zu werben.²⁰ Muthesius etablierte zudem einen Kreis von „Gesinnungsfreunden“, die sich regelmäßig trafen. Zu diesem gehörten neben Benning und Hofmann auch Franz Böhm, Heinrich Rittershausen, Otto Veit und Erich Welter.²¹

Benning starb am 19. Dezember 1974 in Frankfurt.

¹⁹ Vgl. Archiv der Bundesbank N1/176.

²⁰ Vgl. Mee (2019) S. 110 f., 128, 180, 204 f., 304.

²¹ Vgl. Röpke-Archiv an der Universität zu Köln: Briefe von Muthesius an Röpke vom 23.02.1951, mehrfach aufgegriffen z.B. am 19.01.1952 oder 11.10.1952.

3. Der unternehmensnahe Liberalismus im Sinne von Adolf Weber

Adolf Weber dominierte, zusammen mit Zwiedineck-Südenhorst, die Ausbildung von Ökonomen an der Universität in München über viele Jahrzehnte und bildeten so etwas wie eine „Münchner nationalökonomische Schule“. ²² Benning besuchte Vorlesungen bei beiden, promovierte dann aber bei Weber. ²³

Weber, geprägt durch den wirtschaftlichen Liberalismus in der Zeit des Kaiserreichs, steht exemplarisch für viele liberale Ökonomen, die sich dem nationalsozialistischen Zeitgeist anschlossen. ²⁴ Dennoch wurde Weber mit Unterstützung der Fakultät entnazifiziert und konnte nach 1945 seine Karriere fortsetzen. ²⁵

Der Schwede Gustav Cassel, der auf Deutsch veröffentlichte, genoss in den 1920er Jahren in Deutschland große Beliebtheit und seine Texte entfalteten große Breitenwirkung. ²⁶ Um ihn herum bildete sich eine ganze „Casselliteratur“ ²⁷ und auch Weber orientierte sich eng an ihm und wurde zu einer Art Multiplikator seiner Vorstellungen. Wie Cassel lehnt Weber Modellbildung ab und hat kein Interesse an Werttheorien. ²⁸ Mit dieser Prägung wurde auch Benning ausgebildet.

Weber und Cassel vertraten eine „dynamische Konjunkturtheorie“. Ursache einer Krise sind keine zyklischen Bewegungen, sondern Überinvestitionen im Verhältnis zur gesamtwirtschaftlichen Ersparnis. Während die Konsumgüterproduktion relativ konstant ist, führen Schwankungen in der Produktion der Investitionsgüter zu Krisen. Daher muss die Wirtschaftspolitik die Kapitalbildung der Unternehmen langfristig sichern und fördern. Die Depression folgt aus einem Mangel an Kapitalbildung, deren Voraussetzung nur reale Ersparnis und keine Kreditexpansion sein kann. ²⁹ Kapitalknappheit bzw. „erschreckende Kapitalarmut“ ³⁰ ist ein zentrales Element in vielen Schriften von Weber.

²² Bundesarchiv B330/9676 (Rede zum 75. Geburtstag), siehe auch Weber (1961) S. 4 f.

²³ Studienbuch in der Personalakte im Bundesarchiv R/8136/3740.

²⁴ Vgl. Janssen (2012) S. 506, 522. Hagemann nennt Weber einen „unerträglichen Opportunisten“, weist dessen Referenzen, die er den Nationalsozialisten erweist, sehr eindringlich nach. (Hagemann (2009) S. 94 f., Janssen (2012) S. 66, siehe auch S. 98, 105, 267, dazu Hesse (2010) S. 257).

²⁵ Vgl. Hesse (2010) S. 177.

²⁶ Vgl. Köster (2011) S. 101.

²⁷ Vgl. Schumpeter (1927) S. 242.

²⁸ Vgl. Janssen (2012) S. 65 f.; Köster (2011) S. 103, Kruse (1963) S. 16, 24.

²⁹ Vgl. Cassel (1923) S. 484 ff., 493 und Weber (1959) S. 424 f., 459 f., 466; dazu Köster (2011) S. 105; Janssen (2012) S. 65 f., 358–361, 391–399, 462–464 und für die Krise von 1929 Carlsen (2022).

³⁰ Vgl. Weber (1928) S. 8.

Auch bei Benning ist dies ein durchgehendes Element: Seine Investitionsstatistik zusammen mit Keiser von 1931 stellt die empirische Überprüfung dieser „dynamischen Konjunkturtheorie“ dar, die Weber sich immer gewünscht hatte.³¹ Wie Weber unterscheidet Benning darin nach dem Geldmarkt für den Güterumschlag und dem Kapitalmarkt für Investitionen und stellt den Bezug zur Konjunktur her.³²

Der Kontakt zwischen Weber und Benning hielt bis zu dessen Tod an. Es war Benning, der die Rede zu Webers 75. Geburtstag hielt und einen Nachruf im Weltwirtschaftliches Archiv verfasste. Darin hob Benning besonders Webers Einsatz für die Entwicklung von funktionsfähigen Kapitalmärkten und die Verteidigung der Börsen gegen die häufige Kritik hervor. Sodann betonte Benning Webers Position, dass Kapitalbildung auf Ersparnissen statt (inflationäre) Kreditexpansion erfolgen sollte. Keynesianische Vorstellungen hingegen führten zu „gefährlichen kollektivistischen Empfehlungen“.³³ Weber, als "väterlicher Lehrer" und „Meister“³⁴, hatte einen „tiefen geistigen Einfluß“³⁵ auf seine Schüler und dies war im Falle von Benning auch allgemein bekannt.³⁶

4. Deutsches Institut für Bankwissenschaft und Bankwesen

Die Reichs-Kredit-Gesellschaft ging zurück auf die Kriegswirtschaft im Ersten Weltkrieg und entstand 1917 als ein Statistisches Büro für Kriegsgesellschaften zum Ausgleich von Geldüberschuss und Geldbedarf zwischen den Gesellschaften. Zur Abwicklung der Kriegsgesellschaften nach 1918 erfolgte die Überführung des Statistischen Büros in die Reichs-Kredit- und Kontrollstelle GmbH, wobei das Reich sämtliche Geschäftsanteile der GmbH übernahm. Mit Gründung der VIAG (Vereinigte Industrieunternehmungen AG) im März 1923 als Dachgesellschaft für bisher direkt gehaltene industrielle Beteiligungen des Deutschen Reiches wurde die Kontrollstelle zur Reichs-Kredit-Gesellschaft umformiert, der VIAG übertragen und 1924 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt.³⁷

³¹ Vgl. Benning / Keiser (1931); siehe auch Tooze (2001) S. 126.

³² Vgl. Benning (1933) S. 185, siehe auch Weber (1961) S. 104.

³³ Bundesarchiv B330/9676 (Rede zum 75. Geburtstag).

³⁴ Bundesarchiv B330/9676 (Rede zum 75. Geburtstag).

³⁵ Benning (1963) S. 4, 5.

³⁶ Vgl. Mellinger (1962) S. 25.

³⁷ Vgl. Wixforth (2009) S. 3 f., Bundesarchiv https://portal.ehri-project.eu/units/de-002429-r_8136.

Mit der Umwandlung in eine Aktiengesellschaft entwickelte sich die RKG zu einer Großbank, nicht mehr nur für die interne Finanzierung der VIAG, sondern zunehmend auch in direkter Konkurrenz zu anderen Großbanken.³⁸ In der Bankenkrise von 1931 war die RKG ein zentrales Instrument des Reichsfinanzministeriums, um in der Bankenkrise zu intervenieren.³⁹ Dadurch ist die RKG besser als andere Großbanken durch das Krisenjahr 1931 gekommen und in den 1930er Jahren zu einer der fünf Berliner Großbanken, die jedoch nur im Investment Banking tätig war (insb. Industriefinanzierungen, Vermögensverwaltung und Finanzierung des deutschen Imports und Exports), geworden.⁴⁰ Als reichseigene Großbank war die RKG nach 1933 sowohl beim Herausdrängen von jüdischen Mitarbeitern, als auch bei der „Arisierung“ der Wirtschaft führend unter den Großbanken.⁴¹

Otto Christian Fischer war seit 1925 Mitglied im Direktorium der RKG und blieb dort bis 1938. Zusammen mit Friedrich Reinhart und August von Finck war Fischer einer der ersten Vertreter des Bankgewerbes, der die NSDAP bereits vor 1933 öffentlich unterstützt hatte und der antisemitischen Rhetorik zustimmte. Er wurde damit belohnt, dass er der wichtigste Banken-Funktionär im „Dritten Reich“ wurde: 1933 wurde er zum Vorsitzenden des Centralverbands des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes (CVBB), der 1934 in die Reichsgruppe Banken umgewandelt wurde.⁴²

Fischer sah sich als Bindeglied zwischen dem traditionellen Bankwesen und dem Nationalsozialismus.⁴³ Er wollte die Banken dem „Totalitätsanspruch des nationalsozialistischen Staates“⁴⁴ unterordnen. Die Einführung des Führer-Prinzips durch die Hauptgruppe sollte „übertriebenen Wettbewerb“ zum Schaden der Gesamtinteressen verhindern. Dennoch wurde ihm später aus seinem Umfeld in der RKG eine ideologische Zurückhaltung gegenüber den Nationalsozialisten nachgesagt.⁴⁵

³⁸ Vgl. Pohl (1998) S. 51,54.

³⁹ Vgl. Wixforth (2016) S. 80, 93.

⁴⁰ Vgl. Hofmann (1980) S. 43, 56, Pohl (1998) S. 90, Bundesarchiv https://portal.ehri-project.eu/units/de-002429-r_8136.

⁴¹ Vgl. Pohl (1998) S. 141, 217f. Hofmann beschönigt dies (Hofmann (1980) S. 94).

⁴² Vgl. James (1995) S. 391; James (2001) S. 57, 277; Wixforth (2014) S. 290.

⁴³ Vgl. James (2001) S. 277.

⁴⁴ Fischer (1934) S. 10; vgl. auch Fischer (1934) S. 64 und „Die Proklamierung des Führer- und Leistungsprinzips ist die Kampfansage an einen Zustand, welcher der stickigen Atmosphäre marxistischer Regierungsmethoden seinen Ursprung verdankt, und dessen Beseitigung gerade auch auf dem Gebiete des Bankwesens eine unbedingte Notwendigkeit ist.“ (S. 42).

⁴⁵ Vgl. James (2001) S. 5, Walter Hofmann verfasst 1949 in der Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen einen Nachruf auf Otto Christian Fischer, in dem er ihn von allen möglichen Involvierungen freispricht und ihn eher zu einem Widerständler, zumindest gegen die Außenpolitik, verklärt (Hofmann (1949) S. 463f).

Die konkreten Kompetenzen der Hauptgruppe Banken waren begrenzt und lagen in der bürokratisch-administrativen Beaufsichtigung des Bankwesens. Lokale Wettbewerbsstreitigkeiten konnten gelöst werden.⁴⁶ Ansonsten war sie vor allem eine „Informationsagentur“ für ihre Mitglieder.⁴⁷

Zur stärkeren Lenkung der Banken gründete Fischer im Oktober 1935 das „Deutsche Institut für Bankwissenschaft und Bankwesen“, welches maßgeblich von der volkswirtschaftlichen Abteilung der RKG getragen wurde. Damit wurde Benning zum „guten Geist des Instituts für Bankwissenschaft und Bankwesen.“⁴⁸

Mit dem Institut wurde auch ein „Volkswirtschaftlicher Beirat des Deutschen Instituts für Bankwissenschaft und Bankwesen“ gegründet.⁴⁹ Für diesen war Benning Gastgeber der ab 1936 wöchentlich dienstags im Casino der RKG stattfindenden Mittagessen. In diesem Beirat trafen sich die Chefs der Volkswirtschaftlichen Abteilungen der Berliner Großbanken und als Gäste die Herausgeber von Bank-Archiv (Günther Keiser) und Die Bank.⁵⁰

Ein Hauptaufgabengebiet des Beirates war die Bekämpfung des Mangels an bankwirtschaftlichen Statistiken.⁵¹ Aber auch die Beeinflussung der öffentlichen Meinung wurde verfolgt. Dazu wurde 1934 die Zeitschrift Die Bank von Alfred Lansburgh „arisiert“. Damit erhielt Fischer Zugriff auf ein international anerkanntes Organ, dessen Inhalte er nun weitgehend bestimmen konnte.⁵² Benning war in den Diskussionen um die „Arisierung“ der Zeitschrift beteiligt und hat im Nachgang den neuen Herausgeber, Ludwig Mellinger, auf Einhaltung der

⁴⁶ Vgl. Salden (2019) S. 351 f. oder Bundesarchiv R/8136/3717.

⁴⁷ Vgl. Wixforth (2014) S. 285.

⁴⁸ Muthesius (1962) S. 29.

⁴⁹ Vgl. Fischer (1935) S. 7.

⁵⁰ Vgl. Benning (1960) S. 16, Muthesius (1962) S. 15.

Zu diesem Kreis gehörten zu dieser Zeit neben Benning u.a. Karl Eugen Mössner (1903–1981, zunächst enger Mitarbeiter von Hans Luther und nach dem Krieg Leiter der Hannover Messe), Walter Hofmann (1899–1961, nach dem Krieg Mitbegründer der Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen und Vorstand der Frankfurter Bank) und Ludwig Mellinger (Herausgeber Die Bank, nach dem Krieg Vorstand und Aufsichtsratsvorsitzender der Bayrischen Vereinsbank). Es wurden noch bis in die 1960er Jahren hinein sogenannte „Freundesgaben“ insb. im Fritz Knapp-Verlag veröffentlicht, in dem enge Freunde kurze Glückwunschtexpte, (häufig mit Erinnerungen an gemeinsame Zeiten) einbrachten (1955 für Fritz Knapp, 1960 für Ludwig Mellinger, 1962 für Bernhard Benning und 1968 für Karl-Eugen Mössner).

Ein weiterer Treffpunkt war der Deutsche Klub in der Behrenstraße in Berlin. Hier waren auch Volkmar Muthesius, zu dieser Zeit Redakteur bei der Deutschen Allgemeinen Zeitung, und der Hauptgeschäftsführer der Reichsgruppe Banken, Friedrich Pfeffer, mit dabei. Diese seien in der inneren Emigration gewesen und hätten „stummen Widerstand“ geleistet und seien in einem „resignierenden Fatalismus“ gewesen (Muthesius (1973) S. 69 f.).

⁵¹ Vgl. Fischer (1935) S. 5.

⁵² Vgl. Greitens (2021) S. 36.

politischen Linie gedrängt.⁵³ Ein weiteres Ziel war die Ausbildungsförderung im Bankgewerbe und in diesem Zuge wurde Benning auch zum Lektor des Fachbuch-Zentrallektorats des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda.⁵⁴

5. Die Donner–Benning–Debatte: Kritik an der Kriegsfinanzierung

Nach der Entlassung von Hjalmar Schacht als Reichsbankpräsident im Januar 1939 aufgrund seiner Kritik an den massiv gestiegenen Staatsausgaben begann eine öffentliche Debatte um die Kriegsfinanzierung. 1940 wurden fünf Aufsätze im Weltwirtschaftlichen Archiv veröffentlicht, die aber alle das Problem verharmlosten. Diese Position wurde auch in den Folgejahren u.a. von Hero Moeller und Robert Nöll von der Nahmer vertreten.⁵⁵

Die eigentliche Diskussion begann 1942 mit zwei Aufsätzen von Otto Donner und Benning ebenfalls im Weltwirtschaftlichen Archiv. Beide Aufsätze wurden deswegen später noch einmal zusammen als Sonderdruck veröffentlicht.⁵⁶ Während sich Donner auf die Frage der Grenzen der Staatsverschuldung konzentrierte, lag der Schwerpunkt bei Benning auf den monetären Konsequenzen.

Aus diesen Aufsätzen ergab sich eine umfangreiche Diskussion, an der neben dem Weltwirtschaftlichen Archiv insb. das „Bank-Archiv“ und „Die Bank“ (nach 1943 fusioniert zur „Bankwirtschaft“) beteiligt waren. Das ist kein Zufall, denn die Autoren kannten sich gut und kamen in Berlin regelmäßig zusammen. Neben Keiser war dies z.B. Kurt Hunscha, der als Chefvolkswirt der Dresdner Bank mit im Volkswirtschaftlichen Beirat vertreten war.⁵⁷ Es ist durchaus überraschend, dass über diese Fragen, wenn auch auf einem sehr technischen Niveau, zu dieser Zeit so offen diskutiert werden durfte.⁵⁸

Die Beiträge von Donner und Benning wurden auch bei der Akademie für Deutsches Recht im April 1943 diskutiert und sind somit die „offiziellsten“ Beiträge dieser Diskussion. Auch aufgrund der häufigen Zitation

⁵³ Vgl. Bundesarchiv R8136/1751.

⁵⁴ Vgl. Mantel (2009) S. 657.

⁵⁵ Vgl. Take (2009) S. 239, Janssen (2012) S. 510 f., 517.

⁵⁶ Siehe Benning / Donner (1942).

⁵⁷ Vgl. Hunscha (1962) S. 14. Dies gilt auch in der breiteren Öffentlichkeit. So nennt Muthesius am 21. Juni 1942 in der Deutsche Allgemeine Zeitung die Bezugscheine und Marken ein „Zweite Geld“ und zitiert Benning am 07. Juni 1942 in diesem Kontext.

⁵⁸ u.a. Benning, Bernhard (1943); Benning, Bernhard (1943a); Keiser, Günter (1943) und auch andere Beiträge von Fritz Terhalle, E.W. Schmidt, Otto Pfeleiderer und Kurt Hunscha. Zu weiteren Artikel in dieser Debatte siehe Herbst (1977) S. 311. Auch Grotkopp (1954) erwähnt die Debatte (z.B. S. 171, 304).

lässt sich die Diskussion daher als Donner–Benning–Debatte bezeichnen. Bennings Reputation als Kritiker der Nationalsozialisten nach 1945 beruhte maßgeblich auf dieser Kritik.⁵⁹

Die Beschäftigung Bennings mit der Finanzpolitik der Nationalsozialisten geht länger zurück. Im April 1936 verfasste er ein internes und vertrauliches Gutachten in der RKG, in dem er vor der hohen und insb. kurzfristigen Verschuldung warnte.⁶⁰ Weitere interne Gutachten und ein Aufsatz im „Bank–Archiv“ unter dem Titel „Nationalwirtschaftliche Finanzierung und Kreditbanken“ folgten 1939.⁶¹

Als zentrales Arbeitsergebnis der Arbeitsgemeinschaft „Geld und Kredit“ der Akademie für Deutsches Recht wurde der Sammelband „Deutsche Geldpolitik“ 1941 veröffentlicht, der von Heinrich Ritterhausen nicht als wissenschaftliche Arbeit, sondern als ein patriotisches Werk bezeichnet wurde.⁶² Darin schreibt Benning den Aufsatz „Kreditbanken und Geldmarkt“, an dessen Ende Benning noch vorsichtig und eher im Sinne der noch vorherrschenden Verharmlosung eine Kritik an der Kriegsfinanzierung andeutet.⁶³ Dabei wurden die Probleme der Abschöpfung der zu hohen Liquidität in den Sitzungen des Arbeitskreises bereits intensiv diskutiert.⁶⁴

In einem Beitrag für die Festschrift für Otto Christian Fischer von 1942 wird Benning deutlicher. Im Sinne von Adolf Weber deutet er an, dass die Investitionstätigkeit durch Kreditexpansion statt realer Ersparnis zu weit gegangen sein könnte. „Aus dem Dargelegten lassen sich auch die Grenzen eines volkswirtschaftlich richtigen Einsatzes des Kreditinstrumentes eindeutig festlegen. Entsprechend dem Primat der güterwirtschaftlichen Dispositionen ist das vertretbare Ausmaß einer allgemeinen Kreditexpansion durch die reale Güterwelt festgelegt. Die ökonomische Grenze muß dann als erreicht gelten, wenn die Volkswirtschaft in den Zustand der

⁵⁹ Auch Ludwig Erhards berühmte Denkschrift „Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung“ von 1943/44 basiert auf der Donner–Benning–Debatte um die Kriegsfinanzierung (vgl. Herbst (1977) S. 309 f., 313 f.). Seit dieser Zeit hatte Erhard eng mit Keiser zusammengearbeitet und war daher mit der Debatte vertraut und zitierte Donner (vgl. Herbst (1982) S. 385). In weiten Teilen umfasst die Erhardsche Denkschrift die Themen der Donner/Benning–Diskussion, allerdings ohne die statistischen Grundlagen. Dafür werden gerade am Ende auch andere, weitergehende Aspekte zur künftigen Wirtschaftsordnung behandelt (siehe Erhard (1943)).

Häufig wird die Denkschrift als für Erhard gefährlich eingestuft, da er darin durch Führererlass verbotene Pläne für die Nachkriegszeit anstellen würde. Aber das stimmt so pauschal nicht: Die Kriegsfinanzierungsdebatte konnte breit geführt werden. Nur Themen, die darüber hinaus gingen, waren möglicherweise gefährlich. Schon Herbst wies 1977 darauf hin, dass die Debatte um die Kriegsfinanzierung weder illegal, noch eine Beteiligung daran grundsätzlich gefährlich war, sondern es an diesem Punkt einen erstaunlichen Freiraum gab. Zudem ist Erhards Denkschrift gar nicht veröffentlicht worden (vgl. Herbst (1977) S. 306, 309).

⁶⁰ Vgl. Bundesarchiv: R/8136/3804.

⁶¹ Vgl. Bank–Archiv vom 15.01.1939 (S. 31–35) und Bundesarchiv: R/8136/3806, R/8136/1751, R/8136/3809.

⁶² Vgl. Schubert (2011) S. XXIV, 290 ff., Janssen (2012) S. 519.

⁶³ Vgl. Benning (1941) S. 356 ff.

⁶⁴ Vgl. Bundesarchiv: R/8136/1833: Protokoll der Sitzung vom 21.10.1941.

Vollbeschäftigung eingetreten ist: wenn also keine zusätzlichen Kapazitäten, keine unbeschäftigten Arbeitskräfte und keine einsatzfähigen Vorräte mehr verfügbar sind.“⁶⁵

Der öffentlichkeitswirksame Aufsatz „Aufbringung der Kriegskosten, Kapitalfreisetzung und Geldüberfluß“ in „Weltwirtschaftliches Archiv“ von 1942 betont zunächst die hohe Bedeutung, die die Ausbeutung der eroberten europäischen Länder für die Kriegsproduktion hat. „Dagegen konnte die deutsche Kriegswirtschaft in beträchtlichem Ausmaß die anderen europäischen Volkswirtschaften zur Deckung des Kriegsaufwandes mit heranziehen. Erwähnenswert ist zunächst der Anfall großer Beutebestände an Kriegsmaterialien, Rohstoffen, Lebensmitteln usw. im Zusammenhang mit den siegreich durchgeführten Feldzügen. Dazu kommt weiter das Aufkommen hoher Besatzungskosten, die den Unterhalt wesentlicher Teile der deutschen Wehrmacht in den besetzten Gebieten decken. Schließlich ist die Heranziehung von ausländischen Krediten für Warenlieferungen auf dem Clearingwege in Rechnung zu stellen. Beträchtliche Teile der Produktionskapazitäten des kontinentaleuropäischen Raumes arbeiten auf diese Weise gegenwärtig für den Kriegsbedarf der verbündeten Achsenmächte.“⁶⁶

In diesem Zusammenhang geht Benning auch auf die Neuordnung des kontinentaleuropäischen Großraumes ein. „Es ist keine Frage, daß nach glücklicher Beendigung des Krieges durch diese Ausweitung des kontinentalen Lebensraumes eine Fülle von zusätzlichen Produktivkräften aktiviert werden kann, wodurch eine beschleunigte Überwindung der Kriegsfolgen und des Substanzverzehr begünstigt werden wird.“⁶⁷

Diese Ausführungen verweisen auf den „Funk-Plan“, mit dem der Reichswirtschaftsminister und Präsident der Deutschen Reichsbank Walther Funk nach dem gewonnenen Krieg ganz Kontinentaleuropa auf die deutschen wirtschaftlichen Interessen ausrichten wollte. Diese Pläne wurden 1942, basierend auf Vorträgen, in einem Sammelband veröffentlicht.⁶⁸

Die Beteiligung Bennings an diesen Plänen, dargelegt in seinem Aufsatz „Europäische Währungsfragen“ in diesem Sammelband, belegen seine Verstrickung mit den Nationalsozialisten und ihren Großraumplänen zu dieser Zeit. Entgegen seinen liberalen Überzeugungen plädiert Benning hier gegen den Goldautomatismus („Diese Automatik wird nicht wieder auferstehen!“⁶⁹), für Preisregulierungen („Mit Hilfe eines ständig

⁶⁵ Vgl. Benning / Neubaur (1942) S. 74.

⁶⁶ Vgl. Benning (1942) S. 229.

⁶⁷ Benning (1942) S. 231.

⁶⁸ Siehe Gross (2017).

⁶⁹ Benning (1942a) S. 163.

verfeinerten Preis- und Lohnüberwachungsapparates ist es gelungen, diese Währungspolitik erfolgreich zu gestalten.“⁷⁰), verteidigt die Kreditexpansion seit 1933⁷¹ und tritt für manipulierte Wechselkurse und ein in Berlin zentralisiertes Clearing-System ein, um Deutschland mit Gütern aus den kontinentaleuropäischen Ländern vorteilhaft versorgen zu können.⁷²

Benning verteidigt eine „elastisch angepaßte Wechselkurspolitik, die auf das Ziel eines bestmöglichen Güter- und Leistungsaustausches in Kontinentaleuropa ausgerichtet ist.“⁷³ Aber er lehnt die Wechselkurspolitik zur Steuerung der Zahlungsbilanz ab: „Freilich wird Wert darauf zu legen sein, daß Änderungen der Wechselkursrelationen möglichst zu Ausnahmeerscheinungen gehören sollen. Vorübergehende Störungen des Zahlungsbilanzgleichgewichts, wie sie z. B. durch ungünstige Ernten in den einzelnen Ländern hervor gerufen werden könnten, wären durch ausgleichende zwischenstaatliche Kreditbeziehungen zu überbrücken.“⁷⁴

Diese positive Haltung zur Kreditexpansion und flexiblen Anpassungen des Wechselkurses finden sich in Bennings Texten zu keinem anderen Zeitpunkt. Grotkopp interpretiert diese Phase bei Benning fälschlicherweise als deutschen Keynesianismus.⁷⁵ Dabei zeigt sich in Bennings Haltung zum Funk-Plan am deutlichsten seine Bereitschaft, opportunistisch seine ökonomischen Überzeugungen zurückzustellen. Am deutlichsten wird dies in der Hervorhebung der Verdienste von Georg Friedrich Knapp mit seiner berühmten „Staatliche Theorie des Geldes“ für die Geldtheorie, denn diesem wurde eigentlich in liberalen Kreisen vorgeworfen, mit seiner Theorie der Hyperinflation von 1923 Vorschub geleistet zu haben.⁷⁶

Der folgende Teil des Aufsatzes „Aufbringung der Kriegskosten, Kapitalfreisetzung und Geldüberfluß“ von 1942 behandelte die monetären Folgen der stillen Kriegsfinanzierung. Da eine Steuerfinanzierung des Krieges aus praktischen Gründen nicht möglich sei, werde der Krieg über Verschuldung finanziert.⁷⁷ Die dadurch entstehenden Geldeinkommen bei Haushalten und Unternehmen träfen auf ein beschränktes Güterangebot, weil die Produktion auf den Krieg ausgerichtet sei. „Die Einkommenbezieher können demgemäß mit ihren – so

⁷⁰ Benning (1942a) S. 164.

⁷¹ Vgl. Benning (1942a) S. 162.

⁷² Vgl. Benning (1942a) S. 168 ff.

⁷³ Benning (1942a) S. 174.

⁷⁴ Benning (1942a) S. 177.

⁷⁵ Vgl. Grotkopp (1954) S. 232, 242).

⁷⁶ Vgl. Benning (1942a) S. 179.

⁷⁷ Vgl. Benning (1942) S. 231 f.

gesehen – zu hohen Geldeinkommen nur das verbleibende beschränkte Gütervolumen kaufen. Die Folge ist eine offene Diskrepanz zwischen den hohen Geldeinkommen und dem beschränkten Angebot an marktfähigen Gütern. Hieraus ergeben sich folgende Möglichkeiten für die bedeutungsvolle Aufgabe der Lösung dieser Diskrepanz: Entweder konkurrieren die hohen Geldeinkommen um das zu knappe Angebot an Gütern; die Folgen einer solchen liberalistischen⁷⁸ Lösungsmethode sind bekannt: fortschreitende Preissteigerungen und Ingangsetzung des inflationären *circulus vitiosus* mit Lohnerhöhungen usw.; oder der Staat greift lenkend und kontraktiv ein mit der Zielsetzung der Neutralisierung der geldwirtschaftlichen Spannungen durch Rationierung der Konsumgüter und Beschränkung der privatwirtschaftlichen Investitionen, verbunden mit Lohn- und Preisstopp.“⁷⁹

Der Überschuss an Liquidität müsse durch geeignete Maßnahmen ausgeglichen werden.⁸⁰ Kurzfristig bedeute dies eine Stilllegung während des Krieges durch „Maßnahmen der Rationierung, der Investitionskontrolle, der Rohstoffverteilung auf Grund eines durchgebildeten Kennziffersystems usw. der unmittelbare Güteranspruch weitgehend entzogen. Geld darf danach Kaufkraft nur noch in Verbindung mit dem Marken-, Punkt- und Bezugscheinsystem ausüben.“⁸¹

Die hohen Geldüberschüsse in breiten Bevölkerungsschichten dürften sich auch nach dem Krieg nur allmählich in Nachfrage verwandeln, da diese nicht sofort bedient werden könne und zuvor die Produktion auf Friedenswirtschaft umgestellt werden müsse.⁸² Benning plädiert für eine staatlich gelenkte Priorisierung der Ausgaben: „Als dringendste Forderung ergibt sich daraus die Notwendigkeit einer verantwortungsbewußten übergeordneten Planung auf Grund einer sorgfältig abgewogenen Rangordnung. Der berühmte »Kuchen« des Sozialprodukts kann bekanntlich immer nur einmal aufgeteilt werden.“⁸³ Zunächst sollen Investitionen in der Konsumgüterindustrie, im Verkehr und bei Ersatzinvestitionen erfolgen.⁸⁴ „Dieser Versuch einer Rangordnung kann selbstverständlich nur als das Ergebnis rein theoretischer ökonomischer Betrachtungen gewertet werden. Der autoritäre Staat behält sich die Entscheidung darüber, was nach seinen übergeordneten Zielsetzungen vordringlich ist, in Friedenszeiten nicht anders als in Kriegszeiten selbst vor. Naturgemäß

⁷⁸ Liberalistisch meint in dem hier üblichen Sprachgebrauch allgemein das Wirtschaftssystem in den westlichen Staaten.

⁷⁹ Benning (1942) S. 232 f.

⁸⁰ Vgl. Benning (1942) S. 241 f.

⁸¹ Benning (1942) S. 243.

⁸² Vgl. Benning (1942) S. 250.

⁸³ Benning (1942) S. 253.

⁸⁴ Vgl. Benning (1942) S. 253 f.

werden sich die für die Entscheidung verantwortlichen Instanzen darüber Klarheit zu verschaffen haben, daß in der Volkswirtschaft nicht gezaubert werden kann und daß es hierbei auch keine »Wunder« gibt. Alles muß vielmehr erarbeitet werden, und was erarbeitet ist, kann jeweils immer nur einem endgültigen Verwendungszweck zugeführt werden. Erhöht man also z. B. die Investitionen im öffentlichen Sektor, so muß dies zu Lasten des Verbrauchssektors gehen.“⁸⁵

Zum Umgang mit der hohen Liquidität schlägt Benning folgende Lösungsmöglichkeiten vor: „1. Konsolidierung; 2. die fortlaufende freiwillige Spartätigkeit in der Nachkriegswirtschaft; 3. Besteuerung, öffentliche Ausgabeneinsparung und Tilgung; 4. Reprivatisierung öffentlicher Vermögenswerte und Heranziehung fremder Volkswirtschaften.“⁸⁶ Vermögensabgaben oder Inflationierung lehnt er ab.⁸⁷

War der Aufsatz in seiner Kritik an der Kriegsfinanzierung noch vage und vorsichtig, wurde Benning in der Folge immer offensiver. Im August 1942 brachte er in einem streng vertraulichen Vermerk und in seiner Rolle als Verbindungsmann zum Wehrwirtschaftsstab des Oberkommandos der Wehrmacht seine Sorge wegen der Kriegsfinanzierung zum Ausdruck.⁸⁸ Am 9. Oktober 1942 konnte Benning in der Deutschen Allgemeinen Zeitung, also mit Hilfe des Leiters des Wirtschaftsteils der Zeitung, Muthesius, eine Kurzversion seines Aufsatzes aus dem Weltwirtschaftlichen Archiv publizieren. Der Artikel endet mit dem Wort „Preisstabilität“ als dem notwendigen Ziel der Geldpolitik.

Im März 1943 folgte dann ein Referat vor der Arbeitsgemeinschaft „Geld und Kredit“ mit dem Titel „Expansion und Kontraktion der Geldmenge“, das dann später ebenfalls im Weltwirtschaftlichen Archiv erschien.⁸⁹ Im Redemanuskript finden sich noch viele gestrichene Passagen, z.B. direkte kritische Bezugnahmen auf Kollegen, Kritik an der Datenverfügbarkeit, etc., die später nicht mehr auftauchen.

In diesem Text lässt sich nun eine deutliche Kritik an der stillen Schuldenfinanzierung herauslesen. Der grundsätzliche Aufbau ist dem Text von 1942 ähnlich. Mit Erreichung der Vollbeschäftigung 1937 hätte die monetäre Expansion wieder zurückgefahren werden müssen. Ohne diese Korrektur sei die „Phase der Vollbeschäftigung in die der Überbeschäftigung“⁹⁰ übergegangen. Es habe vereinzelte

⁸⁵ Benning (1942) S. 254.

⁸⁶ Benning (1942) S. 254 f.

⁸⁷ Vgl. Benning (1942) S. 264 f.

⁸⁸ Vgl. Bundesarchiv R/8136/3732.

⁸⁹ Vgl. Bundesarchiv R/8136/3810.

⁹⁰ Benning (1943b) S. 210.

Abschöpfungsmaßnahmen des Geldüberschusses gegeben (Lohn-/Einkommenssteuerzuschläge, Kriegszuschläge auf Tabak und Alkohol, Zuschlag auf die Körperschaftsteuer, Ablösung Hauszinssteuer, etc.), die aber unzureichend geblieben seien.⁹¹ Dazu seien weitere Maßnahmen der Rationierung und Preiskontrolle gekommen, die die Inflation nur zurückgestaut hätten. „Geld darf danach Kaufkraft nur noch in Verbindung mit dem Marken-, Punkt- und Bezugscheinsystem ausüben.“⁹²

Benning sieht einen hohen Handlungsbedarf, um das Geldsystem zu stabilisieren. „Angesichts der wachsenden Spannungen zwischen Güter- und Geldvolumen und im Hinblick auf die Dynamik der Schuldenexpansion muß es gerade jetzt während des Krieges als höchst nützlich erscheinen, das ständige Anschwellen des Geldüberhangs mit aller Energie abzubremesen.“⁹³ Wieder, wie schon 1942, unterscheidet Benning zwei Szenarien: Entweder die „liberalistische“ Lösung der Inflation oder der Staat greift lenkend ein und schöpft den Geldüberhang ab.⁹⁴

Für die dringend notwendigen Investitionen nach dem Krieg bedürfe es eines entsprechenden Sparwillens der Bevölkerung. Voraussetzung dafür sei das auf „einer gesicherten Preisstabilität basierende Vertrauen.“⁹⁵ „Eine Ingangsetzung der gefährlichen Schraube von Lohn- und Preiserhöhungen aber käme einem Scheitern der gestellten Aufgabe der Neutralisierung des Geldüberflusses gleich. So ergibt sich der notwendige Schluß, daß die Stabilität der Wertrelationen den einzigen erfolgversprechenden Weg darstellt. Mit Recht wird deshalb das ganze Gewicht der staatlichen Autorität für diese Zielsetzung in die Waagschale geworfen.“⁹⁶

Inflation als Lösung lehnt Benning weiterhin ab: „Das Thema von Geldwertveränderungen gehört gerade in Deutschland, das die Katastrophe einer totalen Inflation am Ende eines verlorenen Krieges in den Jahren bis 1923 nicht vergessen hat, zu den heikelsten Diskussionsgegenständen.“⁹⁷ Benning bleibt unklar, ob er sich eine einmalige Abwertung zur Lösung des Problems vorstellen kann. Damit die Inflation dann beherrschbar bliebe, bedürfe es „der Macht einer festen Staatsgewalt“, um „den Übergang aus der kriegsbedingten

⁹¹ Vgl. Benning (1943b) S. 212 f.

⁹² Benning (1943b) S. 243.

⁹³ Benning (1943b) S. 271.

⁹⁴ Vgl. Benning (1943b) S. 232.

⁹⁵ Benning (1943b) S. 247.

⁹⁶ Benning (1943b) S. 249.

⁹⁷ Benning (1943b) S. 229.

Expansion in eine geregelte Verwaltung und Abwicklung auf lange Sicht zu garantieren.“⁹⁸ Benning empfiehlt eine Umschuldung in längerfristige Staatsanleihen und eine moderate Vermögensabgabe.⁹⁹

In der dem Vortrag bei der Arbeitsgemeinschaft folgenden Diskussion wurden die von Benning angesprochenen Probleme z.B. von Nöll von der Nahmer kleingeredet,¹⁰⁰ während der Reichsbankvizepräsident Puhl mehrfach dazu aufforderte, konkrete Vorschläge für eine Kontraktion der Geldmenge zu machen.¹⁰¹

Intensiv wurden die verteilungspolitischen Folgen der Maßnahmen diskutiert. Reichsbankdirektor Nordhoff machte klar, dass alle Methoden des Umgangs (Inflation, Schuldenschnitt, Vermögenssteuer, Umschuldung, Preis-/Lohnkontrollen, etc.) aus dieser Sicht problematisch sind.¹⁰² Ministerialdirigent Riehle aus dem Reichsfinanzministerium führte aus: „Wir werden uns weiter daran gewöhnen müssen, dass wir arm sind, denn ein Krieg wird aus der Substanz geführt, und ich hoffe nur, dass wir nach dem Krieg den Mut haben werden, die Konsequenzen, die sich daraus ergeben, weitgehend zu ziehen.“¹⁰³

Benning diente Götz Aly wiederholt als Beleg für seine These, dass die Unterstützung der Regierung Hitler durch die Bevölkerung auch noch im Krieg damit zu begründen sei, dass die „Volksdeutschen“ mit sozialpolitischen Wohltaten, guter Versorgung und Steuergeschenken - finanziert aus der Ausbeutung der eroberten Gebiete - versorgt worden seien.¹⁰⁴ Aly zitiert Benning mit der Klage, dass die Abschöpfung des Geldüberschuss unzureichend sei und die Mittelschichten steigende Geldvermögen aufwiesen.¹⁰⁵ Es ist Spoerer zuzustimmen, dass Aly bei der Aufzählung von nominalen Größen wie den Spareinlagen einer „Geldillusion“ erlegen ist.¹⁰⁶ Es ging Benning gerade darum, diese Geldillusion aufzudecken und den Wertverlust des Geldes durch Bezugsscheine, eine drohenden Inflation (die noch durch administrative Maßnahmen verdeckt wurde) und die faktische Verarmung der Bevölkerung deutlich zu machen.¹⁰⁷

⁹⁸ Benning (1943b) S. 240 f.

⁹⁹ Vgl. Benning (1943b) S. 225–227.

¹⁰⁰ Vgl. Schubert (2011) S. 484 ff.

¹⁰¹ Vgl. Schubert (2011) S. 475 ff.

¹⁰² Vgl. Schubert (2011) S. 498.

¹⁰³ Schubert (2011) S. 475.

¹⁰⁴ Vgl. Aly (2005).

¹⁰⁵ Vgl. Aly (2005) S. 74, 76.

¹⁰⁶ Vgl. Spoerer (2005).

¹⁰⁷ Aly zitiert Benning auch, um die Überbewertung der Reichsmark gegenüber den besetzten Ländern zu belegen (vgl. Aly (2005) S. 74, 76). In der von Aly zitierten Studie „Die sog. Stabilität der Währungsrelationen in Europa“ (29.02.1944) macht Benning auch

Benning's Mitstreiter für eine restriktive Geldpolitik in den 1950er Jahren, Volkmar Muthesius, beschrieb das Problem, das Alys Interpretation übersieht, bereits 1946 in einem unveröffentlichten Text unter dem Titel „Woran scheiterte Hitler?": „Die inflationistischen Wirkungen gingen aber noch viel weiter, denn es wurde ja allmählich unmöglich, überhaupt noch etwas für Geld zu bekommen, soweit es sich nicht um rationierte, in irgend einer Form in das Kartensystem einbezogene Waren handelte. (...) ein ‚zweites Geld‘ bewahrte das ursprüngliche vor allzu starker Diskreditierung. Die Rationierung, das System der Marken, Karten, Punkte, Bezugsscheine usw. war ja in Deutschland keineswegs auf einige wenige lebensnotwendige Güter beschränkt, sondern man dehnte es immer weiter aus, sodass der Kreis der Waren und Leistungen, die für blosses Geld zu haben waren, immer enger wurde. Eine wirklich stichhaltige Beurteilung der Kaufkraft, die das Geld besitzt, ist eigentlich nur dann möglich, wenn das Geld ‚frei‘ ist.“¹⁰⁸

6. Im Direktorium bei der Bundesbank

Die Mitglieder des Direktoriums der Bank deutscher Länder wurden vom Zentralbankrat gewählt, also insbesondere von Präsidenten der Landeszentralbanken.¹⁰⁹ Insofern hatten die Präsidenten der Landeszentralbanken einen großen Einfluss auf die Besetzung des Direktoriums. Da im Empfinden der Zeit die Persönlichkeit der Zentralbanker wichtiger war als ein präzises Mandat der Zentralbank, kam den Berufungen besondere Bedeutung zu.¹¹⁰

Erich Zachau fordert Benning Anfang März 1950 auf, bei der Bank deutscher Länder vorzusprechen. Den Wunsch hätten einige Herren, u.a. Pfeleiderer, geäußert.¹¹¹ Dieser war der Ansicht, dass die Reichsbank in der Inflation nach dem Ersten Weltkrieg und der Depression ab 1929 versagt hatte und wollte bewusst Personen in den Zentralbankrat holen, die nicht durch die Reichsbank geprägt worden waren. Dazu gehörten Zachau und Benning, später auch Eduard Wolf und Otmar Emminger.¹¹²

deutlich, dass er diese Wechselkurse für nicht ökonomisch begründet, nach dem Krieg anzupassen und nur aus politischen Gesichtspunkten festgelegt hält (Bundesarchiv R/8136/3773).

¹⁰⁸ Nachlass von Volkmar Muthesius.

¹⁰⁹ Vgl. Wandel (1980) S. 69.

¹¹⁰ Vgl. Rieter (2009) S. 165 f.

¹¹¹ Vgl. Archiv der Bundesbank B330/9669.

¹¹² Vgl. Gleske (1990) S. 556 f. Als Chefvolkswirt war Eduard Wolf bis zu seinem Tod 1964 im Namen des gesamten Direktoriums verantwortlich für die Monatsberichte der Bundesbank (Vgl. Emminger (1986) S. 27, Marsh (1995) S. 109). Allerdings wird auch auf die Beeinflussung durch die Halbjahresberichte der RKG hingewiesen, die durch Benning erfolgte (Vgl. Hofmann (1980) S. 37, Grotkopp (1954) S. 275).

Eigentlich sollte Fritz Paersch, ehemaliger Mitarbeiter der Reichsbank, berufen werden. Aber da dieser nicht entnazifiziert wurde, kam Benning zum Zug.¹¹³ Da Benning sich als Kritiker der Kriegsfinanzierung einen Namen gemacht hatte und von den Alliierten als überzeugter „Anti-Nazi“ geführt wurde, konnte seine Entnazifizierung rasch erfolgen.¹¹⁴

Auch wenn Pfeleiderer mit Emminger und Wolf - wie Benning ehemalige Mitarbeiter von Wagemann und Emminger hatte auch bei Weber promoviert - ein Gegengewicht zu den ehemaligen Mitarbeitern der Reichsbank schaffen wollte, scheinen beide häufig eine von ihm abweichende Position eingenommen zu haben. So werden Pfeleiderer und Wolf von Holtfrerich als intellektuelle Gegensätze bezeichnet und erwähnte Emminger seine jahrzehntelangen Kollegen Benning, Zachau und Pfeleiderer in seinen Memoiren nicht, während der Präsident der Bank deutscher Länder Wilhelm Vocke in seinen Memoiren Wolf und Benning hervorhob. Eine zentrale Auseinandersetzung war die Frage einer Aufwertung der Deutschen Mark, die von Emminger mit großer Vehemenz eingefordert und u.a. von Vocke, Pfeleiderer und Benning abgelehnt wurde.¹¹⁵

Die Frage des Wechselkurses der Deutschen Mark war eine der zentralen geldpolitischen Diskussionen während des Bretton Wood-Systems. 1942 hatte sich Benning dagegen ausgesprochen, vorübergehende Störungen des Zahlungsbilanzgleichgewichts durch Anpassungen des Wechselkurses zu bekämpfen.¹¹⁶ Diese Haltung behielt er bei. 1955 schrieb er: „Die Notenbank sollte selbstverständlich versuchen, bei Schwankungen der Zahlungsbilanzsituation, die kurzfristig sind, die Schwankungen der Wechselkurse aufzufangen durch den Einsatz ihrer Devisenreserven. (...) Das heißt, sie soll nach Möglichkeit eine Politik betreiben, als wäre sie an eine Parität gebunden, damit die Schwankungen nicht übermäßig groß werden.“¹¹⁷ Anpassungen sollten immer nur in einer internationalen Abstimmung erfolgen.

¹¹³ Vgl. Marsh (1995) S. 413. In den Akten der Bundesbank findet sich ohne weiteren Kontext ein Brief von Benning an den Ministerialdirektor Fritz Berger im Reichsfinanzministerium vom 25. Oktober 1943, in dem Benning seine bekannte Kritik an der Kriegsfinanzierung auf Briefpapier der RKG deutlich formuliert: „Die Rede des Herrn Vizepräsidenten der Deutschen Reichsbank Lange, deren Auszüge Sie mir freundlicherweise zuleiteten, setzt die ‚Havenstein-Tradition‘ der Reichsbank fort, die man etwa unter das Motto bringen könnte ‚Mein Name ist Hase, ich weiß von nichts‘“. Er widerspricht allen Punkten in der Rede und schließt: „Schacht hat einmal während seiner Reichsbankpräsidentenzeit geäußert, dass er es grundsätzlich ablehne, von der wissenschaftlichen Diskussion auf geld-, kredit- oder währungstheoretischem Gebiete Kenntnis zu nehmen, er lese solche Publikationen grundsätzlich nicht. Die neuen Spartarede des Vizepräsidenten der Reichsbank Lange scheint mir auf der Linie dieser Tradition zu liegen.“ Der Brief diene offensichtlich dazu, Bennings Kritik am Regime zu belegen.

¹¹⁴ Vgl. Office of Military Government for Germany (OMGUS).

¹¹⁵ Vgl. Holtfrerich (1998) S. 398, Emminger (1986), Weber (1962) S. 37, Vocke (1973) S. 205.

¹¹⁶ Vgl. Benning (1942a) S. 177.

¹¹⁷ Benning (1955) S. 22.

Ab der zweiten Hälfte der 1950er Jahre spitzte sich das Dilemma zwischen den außenwirtschaftlichen Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung des Wechselkurses und der Bedrohung durch eine importierte Inflation aufgrund der fehlenden Aufwertung zu. Durch die Notwendigkeit zur Aufrechterhaltung des Wechselkurses gab es zudem keine Kontrolle über die Kreditschöpfung des Bankensystems.¹¹⁸

Durch die Aufwertung im Jahr 1961 beruhigte sich die Situation nur kurzfristig und am Ende des Bretton Woods-Systems wurde die Frage im Zentralbankrat erneut diskutiert. In der entscheidenden Sitzung am 5. Mai 1971 wurde über die Wechselkurs-Freigabe abgestimmt. Mit 11 zu 7 Stimmen votierten die Ratsmitglieder für eine Einführung von Kapitalverkehrskontrollen und damit weiterhin für ein Wechselkurssystem mit festen Wechselkursen.¹¹⁹ Im Folgejahr verließen mit Pfeleiderer (31. Januar 1972), Zachau (30. Juni 1972) und Benning (30. September 1972) drei Mitglieder den Zentralbankrat, die seit Jahrzehnten dabei waren.¹²⁰ Als im Februar 1973 die Frage nach der Freigabe des Wechselkurses erneut diskutiert wurde, gab es eine Mehrheit von 14 zu 3 für die Freigabe. In der Zeit von Mai 1971 bis Februar 1973 hatten sich die Mehrheitsverhältnisse also deutlich verschoben.¹²¹

In Bankenkreisen galt Benning als einer der letzten Garanten gegen eine Freigabe der Wechselkurse, die aus Sicht der Befürworter für eine funktionierende internationale Währungsordnung und für die internationale Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft nötig sei.¹²² In einem Brief vom 22. Juli 1973 an Pfeleiderer schrieb Benning, dass er bei einer Aufwertung um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie fürchte: „Die permanente Aufwertung der DM im Rahmen des Block-Floating gegenüber Dollar, Pfund, Lira u.a. (...) Heutzutage glaubt man weiterhin, die deutsche Industrie werde schon jede denkbare Aufwertung verkraften können.“¹²³

Laut Protokoll der Zentralbankratssitzung vom 5. Mai 1971 fürchtete Benning vor allem die internationalen Konsequenzen, „weil eine solche Maßnahme das gegenwärtige Währungssystem der westlichen Welt in Frage stelle, zumal dann, wenn sich die Wechselkursschwankungen und damit die Unsicherheit über die Paritäten über einen längeren Zeitraum erstrecken würden.“ Seine Ablehnung einer Aufwertung war vermutlich auch

¹¹⁸ Vgl. Krauss (2021) S. 35, 57 f., 68.

¹¹⁹ Vgl. Krauss (2021) S. 73 f., Emminger (1986) S. 230.

¹²⁰ Vgl. Deutsche Bundesbank (1972).

¹²¹ Vgl. Krauss (2021) S. 117.

¹²² Vgl. Mössner (1962).

¹²³ Archiv der Bundesbank N1/176.

dadurch begründet, dass eine Aufhebung der fixen Kurse irgendwann auch zu Abwertungen führen und damit Zweifel an der Stabilität der Deutschen Mark hervorrufen könnte. Ähnliche Sorgen hatte auch Adolf Weber formuliert.¹²⁴

Benning wurde in der Bank deutscher Länder / Bundesbank mit dem Kapitalmarktressort betraut. Laut Colm–Dodge–Goldsmith–Plan sollte die Bank deutscher Länder den Finanzbedarf mit der deutschen Wirtschaft abstimmen.¹²⁵ Auch zur Durchführung von Open–Market–Operations war die Bundesbank auf kapitalmarktfähige Papiere angewiesen, die in den 1950er Jahren noch fehlten.¹²⁶ Im Aufbau dieser Strukturen lag also die Hauptaufgabe von Benning.

Direkt zu Beginn seiner Tätigkeit sagt er dazu auf einer Veranstaltung, die von Muthesius organisiert worden war: „Das Hauptziel aber muß sein: die Funktionsfähigmachung des Kapitalmarktes. Hier stehen wir noch vor einem verhängnisvollen Vacuum. Wir haben in Deutschland zur Zeit überhaupt nichts, was einem Kapitalmarkt ähnlich sieht.“¹²⁷ Höhere Zinsen sieht Benning dafür als notwendige Voraussetzung, um die Sparbereitschaft bzw. Kaufbereitschaft von Wertpapieren zu erhöhen. Mit einem expliziten Bezug zu Weber klagt er über die zu niedrigen Investitionen, weil das Kapitalangebot fehlt.¹²⁸

Zur geforderten Abstimmung der Finanzierungen am Kapitalmarkt vertrat Benning die Bundesbank viele Jahre in zwei Gremien: Zum einen im Ausschuss für den öffentlichen Kredit (seit dem Wachstums– und Stabilitätsgesetz von 1967 gesetzlich als Konjunkturrat bestimmt), der die Emissionen von Bund, Ländern und Gemeinden koordinierte. Zum anderen im Zentralen Kapitalmarktausschuss, der ein Zusammenschluss der großen Emissionsbanken zur Abstimmung der privaten Emissionen war. Für Benning fungierte die Bundesbank als „monetärer Oberhirte“ auch für den Kapitalmarkt.¹²⁹

Bennings grundsätzliche Haltung zur Geldpolitik entsprach dem, was jüngst von Krauss als „Konservativer Konsens“ im Zentralbankrat bezeichnet wurde.¹³⁰ Benning sprach sich zwar 1955 für eine aktive

¹²⁴ Vgl. Muthesius (1950) S. 16.

¹²⁵ Vgl. Wandel (1980) S. 53.

¹²⁶ Vgl. Deutsche Bundesbank (1988) S. 90, 200.

¹²⁷ Muthesius (1950) S. 89.

¹²⁸ Vgl. Muthesius (1950) S. 90, 96.

¹²⁹ Vgl. Benning (1973) S. 23 f.

¹³⁰ Vgl. Krauss (2021) S. 33.

Konjunkturpolitik wie in der Krise von 1931 aus, war aber, was das Ausmaß der Intervention anging, vorsichtig.¹³¹

In seiner Analyse der Hyperinflation von 1923 war auch das „allzu bereitwilliges Nachgeben der Staatsführung und in ihrem Schlepptau auch der Reichsbank gegenüber ‚sozialen‘ Forderungen“ für Benning eine Ursache der Krise. Anders als die damalige Reichsbank wollte er eine Zentralbank, die im Interesse der Stabilisierung den Bedrohungen energisch entgegentreten kann.¹³² Rückblickend bestätigt Benning, dass „es leicht sei, ein Lippenbekenntnis zur Stabilität abzulegen, aber überaus hart und unpopulär, Stabilitätspolitik mit allen verfügbaren Mitteln zu betreiben.“¹³³

Seinem Lehrer Weber ging die Politik der Bundesbank allerdings nicht weit genug. 1958 hat er vergeblich versucht, mit seinen Kontakten in das Direktorium eine restriktivere Geldpolitik zu erreichen.¹³⁴ Weber sah in dieser Zeit eine aufgestaute Inflation und gesteigerte Geldillusion. Die Aufwertung der Deutschen Mark lehnte er als einen zu theoretischen Ansatz mit expliziter Kritik an Emminger ab. Selbst Pfeleiderer warf er vor, zum Keynesianer geworden zu sein.¹³⁵

7. Zusammenfassung

Bernhard Benning hat mit einer Amtszeit von 22 Jahren in der Führung der Bank deutscher Länder bzw. Bundesbank die Geldpolitik der frühen Bundesrepublik maßgeblich mitgeprägt, obwohl er bis heute auch in der wissenschaftlichen Öffentlichkeit kaum bekannt ist. Die mehrfache Verlängerung seiner Beschäftigung bis zum 70. Lebensjahr zeigt die persönliche Anerkennung, die er sich erarbeitet hatte.

Zusammen mit Pfeleiderer brachte er die institutionelle Prägung durch die Reichs-Kredit-gesellschaft in die Bundesbank ein. Die Reichs-Kredit-Gesellschaft war zwar keine Zentralbank, aber sie hatte als reicheigene Bank und mit Fischer als Führer der Hauptgruppe Banken regulierende Aufgaben im Finanzsystem der 1930er Jahre übernommen, verstand sich als „Oberhirte“ des Finanzsystems.

¹³¹ Vgl. Benning (1955) S. 13, 19.

¹³² Vgl. Internes Gutachten unter dem Titel „Der tatsächliche Ablauf in der ersten Nachkriegsperiode 1919 bis 1923“ vom 04. Dezember 1944 (Bundesarchiv: R/8136/3803).

¹³³ Archiv der Bundesbank, Brief von Benning an Pfeleiderer vom 22. Juli 1973 (N1/176).

¹³⁴ Vgl. Weber (1959) S. 5, 41.

¹³⁵ Vgl. Weber (1959) S. 54, 59, 62.

David Marsh schrieb über Benning, er „setzte sich mit derselben Beharrlichkeit für die neuen Wirtschaftsstrukturen ein, mit der er zuvor die alten unterstützt hatte.“¹³⁶ Er bezieht sich dabei auf Bennings Unterstützung der Pläne von Walther Funk, die wohl die engste Verstrickung Bennings mit den Nationalsozialisten darstellt.

Trotz der tragenden Rollen auch während des Nationalsozialismus war das Selbstverständnis der Gruppe von Ökonomen um Benning, die sich als klassisch liberal verstanden, durch Opposition geprägt. Benning zog die Legitimation für seine Rolle in der frühen Bundesrepublik aus der von ihm vorgebrachten Kritik an der Kriegsfinanzierung, auch wenn er sein Leben lang mit der eigenen Rolle im Nationalsozialismus gehadert hat.¹³⁷

Dabei schwankte seine Haltung zwischen Unterstützung und Kritik an den Nationalsozialisten und ist weitgehend als opportunistisch einzuschätzen. Zwar schätzten die Alliierten ihn als Gegner der Nationalsozialisten ein, aber seine Kritik richtete sich, wenn auch entschlossen, gegen deren Geld- und Finanzpolitik, während ihm eine Ausbeutung der eroberten Gebiete zur Kriegsfinanzierung legitim erschien.

An seinem Lehrer Adolf Weber, der viele Ökonomen im Umfeld von Benning geprägt hatte und der vom konservativen wirtschaftlichen Liberalismus des Kaiserreichs geprägt war, wird der Opportunismus besonders deutlich. Dessen Karriere begann im Kaiserreich und reichte weitgehend bruchlos über die Weimarer Republik und die Zeit des Nationalsozialismus bis in die Bundesrepublik hinein.¹³⁸

Der Ordoliberaler Wilhelm Röpke klagte 1965 in einem Brief an Benning, dass er von der Bundesbank ignoriert werde.¹³⁹ Weber hingegen hatte direkten Kontakt zu vielen Mitgliedern des Zentralbankrats. Insofern war die frühe Bundesbank eher „weberianisch“ als ordoliberal in dem Sinne, dass z. B. feste Wechselkurse bevorzugt wurden, eine starke Unternehmens- und Investitionsperspektive eingenommen wurde und auch die Kapitalmärkte durch Abstimmungsgremien organisiert wurden.¹⁴⁰

¹³⁶ Marsh (1995) S. 207.

¹³⁷ So die Einschätzung der Tochter von Bernhard Benning gegenüber dem Autor.

¹³⁸ Vgl. Hagemann (2008) S. 94.

¹³⁹ Vgl. Röpke-Archiv an der Universität zu Köln, Briefe 1965.

¹⁴⁰ Z.B. Weber (1948) S. 46, 56, 218 f., 223 f., Weber (1961) S. 371 ff., 420 f.

8. Literatur

Aly, Götz (2005): Hitlers Volksstaat. Durchgesehene und erweiterte Ausgabe, Frankfurt: Fischer Verlag, 2006.

Banken, Max (2013): Stunde der Neoliberalen? Politikberatung und Wirtschaftspolitik in der Ära Adenauer, Inauguraldissertation, Universität zu Köln, Köln, 2013.

Benning, Bernhard (1929): Der „Schwarze Freitag“. Eine Untersuchung des Börseneingriffes vom 13. Mai 1927, Münchener Volkswirtschaftliche Studien, Heft 6, Jena: Gustav Fischer, 1929, S. 74–183.

Benning, Bernhard (1933): Private und öffentliche Investitionstätigkeit sowie der Umfang der Spartätigkeit, in: Das Wirtschaftsjahr, Leipzig: Seemann, 1932/33, S. 179–204.

Benning, Bernhard (1941): Kreditbanken und Geldmarkt, in: Deutsche Geldpolitik, Schriften der Akademie für Deutsches Recht, Gruppe Wirtschaftswissenschaft, Nr. 4, Berlin: Duncker & Humblot, 1941, S. 341–369.

Benning, Bernhard (1942): Aufbringung der Kriegskosten, Kapitalfreisetzung und Geldüberfluß, in: Weltwirtschaftliches Archiv, 56. Band, 1942, S. 227–268.

Benning, Bernhard (1942a): Europäische Währungsfragen, in: Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Berlin: Haude & Spenersche Verlagsbuchhandlung, 1942, S. 162–183.

Benning, Bernhard (1943): Abschöpfung durch Anleihebegebung, in: Bankwirtschaft, 15.06.1943, S. 117–121.

Benning, Bernhard (1943a): Aktuelle Fragen der bankmäßigen Liquidität, in: Bank-Archiv, 01.06.1942, S. 213–216.

Benning, Bernhard (1943b): Expansion und Kontraktion der Geldmenge, in: Weltwirtschaftliches Archiv, 58. Band, September 1943, S. 205–245.

Benning, Bernhard (1955): Konjunkturpolitik und Weltmarkt. Vortrag gehalten am 16. Juni 1955, Helmut Meinhold, 1955.

Benning, Bernhard (1960): Berliner Reminiszenzen, in: Muthesius, Volkmar (Hrsg.) (1960): Amicus Optima Vitae Possessio, Freundesworte für Ludwig Mellinger zum 25. Oktober 1960, Fritz Knapp-Verlag, 1960, S. 15–17.

Benning, Bernhard (1963): Adolf Weber in memoriam (1876–1963), in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 90, 1963, S. 1–6.

Benning, Bernhard (1970): Notenbank und Kapitalmarkt, in: Probleme des Kapitalmarkts, Frankfurt: Fritz Knapp Verlag, 1970, S. 36–44.

Benning, Bernhard (1973): Zur Struktur des Deutschen Wertpapiermarktes, Bedeutung einzelner Wertpapierarten, in: Kolloquien–Beiträge, Schriftenreihe des Instituts für Kapitalmarktforschung, Frankfurt am Main: Fritz Knapp Verlag, 1973, S. 7–27.

Benning, Bernhard / Keiser, Günther (1931): Kapitalbildung und Investitionen in der deutschen Volkswirtschaft 1924 bis 1928. Vierteljahreshefte zur Konjunkturforschung, Sonderheft 22, Berlin: Reimar Hobbing, 1931.

Benning, Bernhard / Neubaur, Otto (1942): Kapitalbildung und Kredit, in: Präsidium und Volkswirtschaftlicher Beirat des Deutschen Instituts für Bankwissenschaft und Bankwesen (Hrsg.) (1942): Probleme und Aufgaben des deutschen Geld- und Kreditwesens, Festschrift für Otto Christian Fischer, Berlin: de Gruyter, 1942, S. 63–80.

Cassel, Gustav (1923): Theoretische Sozialökonomie, 3. Auflage, Erlangen: Deichertsche Verlagsbuchhandlung, 1923.

Deutsche Bundesbank (1972): Geschäftsbericht, Frankfurt: Deutsche Bundesbank, 1973.

Deutsche Bundesbank (1988): 30 Jahre Deutsche Bundesbank. Die Entstehung des Bundesbankgesetzes vom 26. Juli 1957, Frankfurt am Main: Deutsche Bundesbank, 1988.

Emminger, Otmar (1986): D–Mark, Dollar, Währungskrisen, Stuttgart: Deutsche Verlags–Anstalt, 1986.

Erhard, Ludwig (1943): Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung, Faksimiledruck der Denkschrift von 1943/1944, Nachdruck der Ausgabe von 1977, Berlin: Ullstein, 1997.

Fischer, Otto Christian (1934): Das Bankwesen im nationalsozialistischen Staat, Berlin: Junker & Dünnhaupt, 1934.

Fischer, Otto Christian (1935): Ansprache des Leiters der Reichsgruppe Banken Dr. Otto Christian Fischer bei der Gründungsversammlung des „Deutschen Instituts für Bankwissenschaft und Bankwesen“, 11.10.1935.

Gleske, Leonhard (1990): Auszüge aus der Gedenkrede für den am 6. Februar 1989 verstorbenen Prof. Dr. Otto Pfeleiderer, In: Kredit und Kapital, Heft 4, 1990, S. 551–563.

Greitens, Jan (2021): Alfred Lansburgh (1872–1937) und „Die Bank“, Beiträge zur Geschichte der deutschsprachigen Ökonomie, Band 49, Marburg: metropolis Verlag, 2021.

Gross, Stephen G. (2017): Gold, Debt and the Quest for Monetary Order. The Nazi Campaign to Integrate Europe in 1940, in: *Contemporary European History*, 26 (2), 2017, S. 287–309.

Grotkopp, Wilhelm (1954): *Die große Krise, Lehren aus der Überwindung der Wirtschaftskrise 1929/1932*, Düsseldorf: Econ-Verlag, 1954.

Hagemann, Harald (2008): Zur frühen Rezeption der General Theory durch deutschsprachige Wirtschaftswissenschaftler, in: Hagemann, Harald / Horn, Gustav / Krupp, Hans-Jürgen (2008): *Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht. Festschrift für Jürgen Kromphardt*, Marburg: Metropolis, 2008, S. 71–104.

Hagemann, Harald (2009): Zur frühen Rezeption der General Theory durch deutschsprachige Wirtschaftswissenschaftler, in: *Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht, Festschrift für Jürgen Kromphardt, Schriften der Keynes-Gesellschaft Band 1, 2. durchgesehene Auflage*, Marburg: Metropolis Verlag, 2009, S. 71–104.

Herbst, Ludolf (1977): Krisenüberwindung und Wirtschaftsneuordnung. Ludwig Erhards Beteiligung an den Nachkriegsplanungen am Ende des Zweiten Weltkrieges, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 25/3, 1977, S. 305–340.

Herbst, Ludolf (1982): *Der Totale Krieg und die Ordnung der Wirtschaft*, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1982.

Hesse, Jan-Otmar (2010): *Wirtschaft als Wissenschaft, Die Volkswirtschaftslehre in der frühen Bundesrepublik*, Frankfurt: Campus Verlag, 2010.

Hofmann, Walter (1949): In memoriam Otto Christian Fischer, in: *Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen*, 20. Heft, 1949, S. 463–464.

Hofmann, Walter (1980): *Private Bank im öffentlichen Besitz. Kleine Geschichte der Reichs-Kredit-Gesellschaft Aktiengesellschaft*, Mainz: Hase & Koehler Verlag, 1980.

Holtfrerich, Carl-Ludwig (1998): Geldpolitik bei festen Wechselkursen (1948–1970), in: *Deutsche Bundesbank (1998): Fünfzig Jahre Deutsche Mark*, München: C.H. Beck, 1998, S. 347–438.

Hunscha, Kurt (1962): Jahrgang 1902, in: Muthesius, Volkmar (Hrsg.) (1962): *Bernhard Benning. Eine Freundesgabe zum 17. September 1962*, Frankfurt: Fritz Knapp-Verlag, 1962, S. 14–16.

James, Harold (1995): *Die Deutsche Bank und die Diktatur, 1933–1945*, in: Gall, Lothar et al. (Hrsg.) (1995): *Die Deutsche Bank, 1870–1995*, München: Beck, 1995, S. 315–408.

James, Harold (2001): *Verbandspolitik im Nationalsozialismus*, Piper, 2001.

Janssen, Hermann (1962): Berliner Erinnerungen, in: Muthesius, Volkmar (Hrsg.) (1962): Bernhard Benning. Eine Freundesgabe zum 17. September 1962, Frankfurt: Fritz Knapp-Verlag, 1962, S. 17–19.

Janssen, Hauke (2012): Nationalökonomie und Nationalsozialismus, 4., überarbeitete Auflage, Marburg: Metropolis Verlag, 2012.

Keiser, Günter (1943): Die Beseitigung des Geldüberflusses, Überlegungen zur Nachkriegswirtschaft II, in: Bankwirtschaft, 01.07.1943, S. 145–152.

Köhler, Ekkehard / Nientiedt, Daniel (2017): The Muthesius Controversy: A Tale of Two Liberalisms, in: History of Political Economy, 49 (4), 2017, S. 607-630.

Köster, Roman (2011): Die Wissenschaft der Außenseiter, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2011.

Krauss, Clemens (2021): Geldpolitik im Umbruch, Berlin: de Gruyter, 2021.

Kruse, Alfred (1963): Adolf Weber als Nationalökonom, in: In Memoriam Adolf Weber. Ansprachen bei der Gedächtnisfeier am 14. Mai 1963, Berlin: Duncker & Humblot, 1963, S. 13–25.

Kulla, Bernd (1996): Die Anfänge der empirischen Konjunkturforschung in Deutschland, Berlin: Duncker & Humblot, 1996.

Mantel, Peter (2009): Verfolgte Hochschullehrer der Betriebswirtschaftslehre, Wiesbaden: Gabler, 2009.

Marsh, David (1995): Die Bundesbank. Geschäfte mit der Macht, München: Goldmann, 1995.

Mee, Simon (2019): Central Bank Independence and the Legacy of the German Past, Cambridge: Cambridge University Press, 2019.

Mellinger, Ludwig (1962): Der Bayer zum Bayern, in: Muthesius, Volkmar (Hrsg.) (1962): Bernhard Benning. Eine Freundesgabe zum 17. September 1962, Frankfurt: Fritz Knapp-Verlag, 1962, S. 24–26.

Mössner, Eugen (1962): Einer der letzten Garanten, in: Muthesius, Volkmar (Hrsg.) (1962): Bernhard Benning. Eine Freundesgabe zum 17. September 1962, Frankfurt: Fritz Knapp-Verlag, 1962, S. 29–30.

Muthesius, Volkmar (Hrsg.) (1950): Die Bundesbank, Schriftenreihe der Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, Fritz Knapp-Verlag, 1950.

Muthesius, Volkmar (Hrsg.) (1962): Bernhard Benning. Eine Freundesgabe zum 17. September 1962, Frankfurt: Fritz Knapp-Verlag, 1962.

Muthesius, Volkmar (1973): Augenzeuge von drei Inflationen. Erinnerungen und Gedanken eines Wirtschaftspublizisten, Fritz Knapp-Verlag, 1973.

- Pohl, Manfred (1998): VIAG Aktiengesellschaft, 1923–1998, München: Piper, 1998.
- Rieter, Heinz (2009): Die währungspolitische Maxime der Deutschen Bundesbank aus ideengeschichtlicher Sicht, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Band 50, Heft 1, 2009, S. 151–176.
- Salden, Janina (2019): Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband zur Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart: Franz Steiner, 2019.
- Scherner, Jonas (2007): Bericht zur deutschen Wirtschaftslage 1943/44. Eine Bilanz des Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion über die Entwicklung der deutschen Kriegswirtschaft bis Sommer 1944, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 3/2007, S. 499–546.
- Schubert, Werner (Hrsg.) (2011): Akademie für Deutsches Recht 1933–1945. Protokolle der Ausschüsse, Band XIX, Volkswirtschaftliche Arbeitsgemeinschaften, Frankfurt: Peter Lang, 2011.
- Schumpeter, Joseph (1927): Cassels Theoretische Sozialökonomik, in: Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich, Band 51, 1927, S. 241–260.
- Spoerer, Mark (2005): Rezension zu: Aly, Götz: Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt am Main, 2005, in: H-Soz-Kult, 26.05.2005, www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-7448 (zuletzt geprüft am 17.10.2022).
- Take, Gunnar (2019): Forschen für den Wirtschaftskrieg, Beihefte des Jahrbuches für Wirtschaftsgeschichte 25, Berlin: de Gruyter, 2019.
- Tooze, Adam (1993): Thesen zur Geschichte des Ifk / DIW 1925–1945, Discussion Papers No 82, DIW Berlin, 1993.
- Tooze, Adam (2001): Statistics and the German State, 1900 - 1945. The Making of Modern Economic Knowledge, Cambridge: Cambridge University Press, 2001.
- Vocke, Wilhelm (1973): Memoiren. Die Erinnerungen des früheren Bundesbankpräsidenten, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1973.
- Wandel, Eckhard (1980): Die Entstehung der Bank deutscher Länder und die deutsche Währungsreform 1948, Frankfurt: Fritz Knapp Verlag, 1980.
- Weber, Adolf (1928): Hat Schacht recht?, München: Duncker & Humblot, 1928.
- Weber, Adolf (1948): Kurzgefaßte Volkswirtschaftslehre, 5., durchgesehene und ergänzte Auflage, Berlin: Duncker & Humblot, 1948.

Weber, Adolf (1959): Wolken am Konjunkturhimmel, 2., überarbeitete Auflage, Berlin: Duncker & Humblot, 1959.

Weber, Adolf (1961): Schein und Wirklichkeit in der Volkswirtschaft. Sechs Jahrzehnte im Dienste der Volkswirtschaftslehre, Berlin: Duncker & Humblot, 1961.

Wixforth, Harald (2009): Expansion durch „Arisierung“? - Die Geschäftsausweitung der Reichs-Kredit-Gesellschaft in die „Provinz“, in: Bankhistorisches Archiv, 35, 2009, S. 1–24.

Wixforth, Harald (2014): Die Errichtung der Reichsgruppe Banken 1934, in: Lindenlaub, Dieter / Burhop, Carsten / Scholtyseck, Joachim (Hrsg.) (2014): Schlüsselereignisse der deutschen Bankengeschichte, Stuttgart: Steiner, 2014, S. 283–296.

Wixforth, Harald (2016): Bankenkrise und Bankenrettung - Die Reichs-Kredit-Gesellschaft in der Banken- und Finanzkrise des Jahres 1931, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Band 52, Heft 2, 2016, S. 75–94.